

WEITBLICK



ZEITUNG FÜR EINE GLOBAL GERECHTE UND ZUKUNFTSFÄHIGE POLITIK

1/2016
AUSSTIEG AUS
DEN FOSSILEN
ENERGIEN

Neue Energie für Afrika.
Seite 2

Kohle gerät weltweit
unter Druck. Seite 3

Dekarbonisierung von
unten. Seite 4

EDITORIAL



Silvie Kreibiehl
Mitglied im Vorstand
von Germanwatch

Liebe Leserin, lieber Leser,

der Klimagipfel von Paris im Dezember 2015 hat ein starkes und glaubwürdiges Zeichen gesendet. Die Staatengemeinschaft will den Temperaturanstieg auf deutlich unter zwei Grad, möglichst sogar auf 1,5 Grad beschränken. Das Pariser Abkommen ist eine Aufforderung zum Handeln für Investoren, Regierungen und die Zivilgesellschaft. Auch wenn das Tauziehen um die Umsetzung nun erst beginnt, gibt es schon erste Reaktionen. Investitionen in Kohle werden zum Beispiel riskanter – und Investoren damit vorsichtiger. Nicht nur die Allianz, Europas größter Versicherer, hat den Ausstieg aus Investitionen in Kohle bekanntgegeben (siehe Interview auf S. 3). Auch die Wirtschaft trägt nun zu einer neuen Dynamik und der notwendigen Erhöhung der Geschwindigkeit der transformativen Prozesse bei. Die politischen Bemühungen im In- und Ausland dürfen dadurch natürlich nicht nachlassen. Und nur eine aktive Zivilgesellschaft kann notwendige Innovationen voranbringen: Energiegenossenschaften, Solidarische Landwirtschaft oder Carsharing. Diese Ausgabe des WEITBLICKS beschäftigt sich damit, wie das Pariser Signal zum Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas weltweit von Regierungen, der Zivilgesellschaft und Investoren aufgenommen wird. Wir freuen uns über Ihr Feedback.

Silvie Kreibiehl

Warum ich Germanwatch wichtig finde



Abderrahim Ksiri
Präsident der marokkanischen
Nichtregierungsorganisation
AESVT und Koordinator der
Marokkanischen Allianz für
Klima und Nachhaltige Ent-
wicklung (AMCDD)

Klimawandel bedroht bereits heute die Lebensgrundlage unserer Bevölkerung. Klimaschutz und erneuerbare Energien sind daher Teil einer Überlebensstrategie für Marokko. Als zivilgesellschaftliches Bündnis mit über 500 Mitgliedsorganisationen setzt sich unsere Allianz für eine ambitionierte Klima- und Energiepolitik in Marokko ein. Entscheidend ist für uns die Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Akteuren, ganz besonders Germanwatch, um auf internationaler Ebene und in Marokko dazu beizutragen, die Klimakonferenz in Marrakesch Ende 2016 zu einem Erfolg zu machen.

Raus aus der Kohle, rein in eine neue Energiezukunft

Der Pariser Klimagipfel im Dezember 2015 war ein Aufbruchssignal: Alle 195 Staaten der Erde schließen ein völkerrechtlich verbindliches Abkommen mit Verpflichtungen für alle ab. Es enthält einerseits Vereinbarungen für ernsthaften Klimaschutz und andererseits ein Solidaritätspaket für diejenigen, die von den Folgen des bereits stattfindenden Klimawandels besonders betroffen sind. Dennoch ist es keineswegs so, dass der Pariser Gipfel auf einen Schlag das Klimaproblem gelöst hätte. Selbst wenn die vorliegenden, kurzfristigen nationalen Klimaziele vollständig umgesetzt würden, würde sich das Klima um etwa 3°C gegenüber dem vorindustriellen Niveau erwärmen – noch immer weit entfernt von der in Paris vereinbarten langfristigen Verpflichtung, die Klimaerwärmung auf deutlich unter 2°C zu begrenzen und Anstrengungen zu unternehmen, sie sogar unter 1,5°C zu halten.

Das Abkommen enthält Regelungen, die diese Lücke schrittweise schließen sollen. Damit sendet es ein starkes Signal für den zügigen Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas in den nächsten Jahrzehnten. Erstens wird die **Obergrenze für die Erwärmung** verschärft und völkerrechtlich verankert. Zweitens wird diese abstrakte Grenze in ein konkretes, wissenschaftlich untermauertes Ziel für die Entwicklung der Treibhausgasemissionen übersetzt, nämlich **Netto-Null-Emissionen** in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts. Dies schließt die **Dekarbonisierung** – also das Ende der durch Kohle, Öl und Gasverbrennung entstehenden CO₂-Emissionen – bis Mitte des Jahrhunderts ein. Drittens werden alle Staaten aufgefordert, **nationale Strategien** einzureichen, wie sie diese Ziele bis Mitte des Jahrhunderts erreichen wollen. Viertens sollen die kurzfristigen Klimaschutzziele alle fünf Jahre überprüft und erhöht werden. Die erste **Nachbesserungsrunde** beginnt 2018 und bereits 2016 soll es einen Dialog darüber geben, die Ziele insbesondere der Industrieländer für 2020 noch nachzubessern. Fünftens stellen verbindliche und einheitliche **Regeln zur Berichterstattung** sicher, dass die internationale Gemeinschaft die Zielerreichung überprüfen kann. Sechstens schließlich verpflichten sich die Staaten, die **globalen Finanzströme** so umzuschichten, dass die Klimaziele zu erreichen sind.

Partnerschaften können Transformation voranbringen

Das Paris-Abkommen hat die Grundlage dafür gelegt, dass nun *ernsthafte Transformations-Partnerschaften* geformt werden können. Die deutsch-marokkanische Kooperation in Bezug auf die Energiewende in dem nordafrikanischen Land ist ein Beispiel dafür, dass das erfolgreich sein kann. Für die weltweite Klimaentwicklung zentral wird es sein, ob solche Partnerschaften mit Ländern und Ländergruppen gelingen, bei



denen die wichtige Weichenstellung ansteht, ob Erneuerbare Energien und Energieeffizienz zügig die Grundlage ihres Energiesystems werden – oder ob sie auf Infrastruktur etwa für Kohle und Teersand setzen. Wenn der durch Transformations-Partnerschaften unterstützte Umstieg nicht gelingt, könnte insbesondere die Emissionsentwicklung in Indien und Afrika allen Hoffnungen auf eine Stabilisierung des globalen Temperaturanstiegs unter 1,5°C oder 2°C schnell den Boden entziehen.

Auch ein gelungener internationaler Klimagipfel kann das notwendige Handeln von Regierungen, Investoren und Zivilgesellschaft aber nur wahrscheinlicher machen – nicht ersetzen. Ein völkerrechtliches Abkommen aller Staaten verändert die Risikoeinschätzung der Investoren, wie das Wirtschaftsmagazin „The Economist“ schreibt: „Nach Paris erscheint der Glaube, dass Regierungen bei ihren angekündigten grünen Strategien Kurs halten, besser begründet – und die Idee, in ein Kohlebergwerk zu investieren, erscheint riskanter.“ Dies ist wichtig angesichts der heftigen politischen Auseinandersetzungen, die in vielen Regionen der Welt um die notwendige Wende im Energie-, Verkehrs- und Landwirtschaftsbereich absehbar sind. Aber es ist alleine noch keine Garantie, dass die Wende gelingt.

Auch in Deutschland und der EU stehen jetzt Auseinandersetzungen an, damit das Pariser Signal Realität wird (siehe Artikel S. 3). In der EU geht es um die Verschärfung der unzureichenden Klimaziele für 2020 und 2030, eine Reform des Emissionshandels und verstärkte Ziele für Energieeffizienz. In Deutschland als erstes um den Ausstieg aus der Kohle – bis 2035 sollte der Ausstieg aus der Kohle gelingen, bis

2050 der Ausstieg aus Öl und Gas im Strom-, Verkehrs- und Gebäudesektor. Die Bürgerenergiegewende muss wieder an Schwung gewinnen.

Kooperatives Zusammenspiel vieler Akteure

Dass in Paris ein umfassendes Abkommen erzielt wurde, liegt am Zusammenspiel vieler Faktoren. Dazu zählen die Bereitschaft zahlreicher einflussreicher Staaten – insbesondere aber der USA und Chinas – überhaupt ein Abkommen zu erreichen, das diplomatische Geschick der französischen Gastgeber und der Druck der kleinen und verletzlichen Staaten. Eine von den Marshallinseln angestoßene Ambitionsallianz spielte beispielsweise eine wichtige Rolle für den Erfolg. Auch Deutschland spielte eine konstruktive Rolle beim Zustandekommen dieser Allianz und beim Ausloten anspruchsvoller Kompromisse.

Das Ergebnis von Paris ist aber nicht allein der Verdienst der beteiligten Regierungen. In den letzten Jahren ist eine immer besser aufgestellte internationale Klimabewegung entstanden. Sowohl in den Verhandlungshallen als auch bei über 2.300 Kundgebungen in 175 Ländern setzte sie während des Gipfels die Forderung nach einer sauberen Energiezukunft und einer gerechten Klimapolitik auf die Agenda. Auch die vielen Proteste vor Ort gegen fossile Energieprojekte, das Engagement für dezentrale erneuerbare Energieversorgung oder der immer häufiger von Erfolg gekrönte Versuch, juristische Grundsatzzurteile zu erwirken, machen deutlich: Eine neue Energiezukunft ist im Entstehen – und sie ist von den meisten BürgerInnen gewollt.

Lutz Weischer, Christoph Bals & Jan Burck

Ausstieg aus Kohle und Öl mindert Fluchtursachen

Mit dem Pariser Klimaabkommen stehen die Zeichen auf Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas. Dies kann die enormen Risiken des Klimawandels zwar nicht beseitigen, aber deutlich eindämmen. Der Ausstieg aus den fossilen Energieträgern kann auch weitere Konfliktursachen verhindern. Bei vielen Kriegen war der Zugang zu Öl einer der treibenden Kräfte, etwa im Sudan, im Nigerdelta oder im zweiten Golfkrieg. Auch der internationale Terrorismus speist sich aus Einnahmen aus Erdölverkäufen: Der „Islamische Staat“ verfügt beispielsweise

über Ölfelder im Irak und Syrien sowie entsprechende Infrastruktur für Förderung und Transport. Kriege und terrorbedingte Krisen zwingen viele Menschen in den betroffenen Regionen zur Flucht.

Im Gegensatz zu fossilen sind erneuerbare Energieträger in jedem Land der Erde dezentral verfügbar. Inzwischen sind sie zunehmend wettbewerbsfähig. Sie ermöglichen Menschen in ärmeren Ländern und ländlichen Gebieten den Zugang zu sauberer Energie und einer nachhaltigen

Entwicklung. Doch auch bei Erneuerbaren Energien gilt es, genau hinzuschauen. Es sollte nicht zu Konkurrenz um Anbauflächen für Lebensmittel kommen. Die lokale Bevölkerung sollte auch bei Großprojekten Zugang zu Strom und Arbeitsplätzen haben. Und es bedarf auch einer Strategie, um neue Einkommensmöglichkeiten und Arbeitsplätze für die Menschen in den bisherigen fossilen Förderregionen zu generieren.

Vera Künzel & Nicole Bosquet

Neue Energie für Afrika

Interview mit Seyni Nafo, Vorsitzender der Gruppe der afrikanischen Klimaverhandlungsführer

Was ist die „Africa Renewable Energy Initiative“ (AREI) und warum wird sie benötigt?

AREI will universellen Zugang zu ausreichender und sauberer Energie für alle AfrikanerInnen bis spätestens 2030 sicherstellen. AREI wird neue und zusätzliche zehn Gigawatt aus Erneuerbaren Energien bis 2020 und 300 Gigawatt bis 2030 erreichen. Damit verdoppelt sich die aktuelle Stromerzeugungskapazität des gesamten Kontinents!



und Unterstützungssysteme, zum Beispiel Einspeisetarife. Damit sollen die Investitionen von vielen Akteuren, besonders auch kleinen Unternehmen, auf verschiedenen Ebenen ermöglicht werden.

Welche Unterstützung erhielt diese ambitionierte Initiative vor und in Paris?

Die politische Unterstützung für AREI war außergewöhnlich. Nicht nur afrikanische Regierungen, sondern auch unter anderem die G7 und G20, Schweden, China sowie der UN-Generalsekretär unterstützten und lobten die Initiative. Die Unterstützungserklärung der G7, Schwedens und der EU während der Verhandlungen in Paris, in der diese Länder zehn Milliarden US-Dollar bis 2020 für AREI zur Verfügung gestellt haben, war für mich die wichtigste Ankündigung des Pariser Gipfels.

Was sind die nächsten Schritte?

In den nächsten Monaten baut AREI formale Steuerungsstrukturen und einen Treuhandfonds auf. Gleichzeitig vertiefen wir die Analyse der verschiedenen Politikoptionen der Länder, erarbeiten Verfahren, die eine breite Mitwirkung und Teilhabe der Zivilgesellschaft und anderer Interessenvertreter sicherstellen, und formulieren stringente soziale und ökologische Standards. Dann beginnt die Auswahl unterstützenswerter Projekte und Programme.

Parallel zum Aufbau von AREI werden wir in den internationalen Klimaverhandlungen weiter ein globales Erneuerbare-Energien-Förderprogramm fordern, für das sich die afrikanische Gruppe seit 2014 einsetzt. Außerdem machen wir uns Gedanken darüber, welche Rolle zum Beispiel der Green Climate Fund oder Süd-Süd-Kooperationen bei der Unterstützung von AREI spielen können.

Interview: Lutz Weischer

Die Initiative kann Menschen aus der Armut befreien, eine blühende lokale Wirtschaft fördern sowie die Gefahren des alten, auf fossilen Energien basierenden Entwicklungsmodells verhindern. Erneuerbare Energie ist ein Schlüssel sowohl für bessere Lebensgrundlagen und Entwicklung, als auch für die Verhinderung eines katastrophalen Klimawandels. Obwohl Afrika zurzeit relativ wenig emittiert und auch fast keine historische Verantwortung für die Erderwärmung trägt, glauben wir, dass alle Länder, auch die afrikanischen, innerhalb weniger Jahrzehnte zu kohlenstoffarmen oder kohlenstofflosen Gesellschaften werden müssen.

Was unterscheidet AREI von anderen Förderprogrammen für Erneuerbare Energien?

Zu allererst ist AREI eine wirklich afrikanische Initiative. Es gibt viele energiebezogene Programme und Initiativen auf dem Kontinent, aber sie gehen von internationalen Partnern aus. AREI hat ihr Fundament in Afrika und wird von afrikanischen Institutionen geleitet. Zweitens ist unser 300-Gigawatt-Ziel wirklich äußerst ambitioniert und war zuvor undenkbar. Es geht dabei nicht darum, bestehende Anstrengungen zu ersetzen, sondern eher zu synchronisieren und Lücken zu schließen. Drittens hat AREI den Anspruch, nicht einfach einzelne Projekte zum Ausbau der Erneuerbaren zu fördern, sondern Länder bei einem umfassenden Ansatz zu unterstützen. Es geht um funktionierende Anreiz-

Indien auf dem Weg ins solare Zeitalter?

Indien hat sich ehrgeizige Ziele für den Ausbau der Solarenergie gesetzt. Bis 2022 sollen 100 Gigawatt zusätzlicher solarer Stromerzeugungskapazität installiert werden. Das ist mehr als das Zweieinhalbfache der derzeit in Deutschland installierten Solar-Kapazität. Die Solarenergie soll einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass 2030 mindestens 40 Prozent der indischen Stromkapazität nicht-fossil sind. So steht es im offiziellen indischen Klimaplan, den das Land für die Pariser Klimakonferenz eingereicht hatte.

Vom Ausbau der Solarenergie erhofft sich die indische Regierung neue Entwicklungsimpulse für ein Land, in dem die Energienachfrage rasant wächst und noch immer 300 Millionen ohne Zugang zu moderner Energie sind. Indien möchte sich auch als zentraler Akteur für eine Zukunftstechnologie positionieren, die weltweit stark wachsen wird. In Paris hat Premierminister Modi eine Internationale Solarallianz angekündigt, die die „Sonnensländer“ zusammenbringen soll: 121 Länder, die zwischen den Wendekreisen liegen und mehr als 300 Sonnenscheintage im Jahr haben. Durch gemeinsame Beschaffung und Forschung sollen die Kosten weiter gedrückt und die Technologie verbessert werden. Mehrere Industrieländer haben dafür bereits finanzielle und technologische Unterstützung zugesagt. Ziel ist, in den Mitgliedsländern für über eine Billion US-Dollar Solaranlagen zuzubauen.



Trotz dieser ambitionierten Pläne wächst in Indien auch die Kohleenergie weiter. Sollten die aktuellen Kohle-Ausbaupläne umgesetzt werden, wird es nicht möglich sein, die globale Erderwärmung auf deutlich unter 2 oder gar 1,5 Grad zu begrenzen. Daher ist es auch im internationalen Interesse, dass Indien seine ambitionierten Solarpläne zügig umsetzt und sogar übererfüllt. Deutschland und Indien haben im Oktober 2015 eine bilaterale Solarpartnerschaft vereinbart, die mit Technologietransfer, gemeinsamer Forschung sowie Kapazitätsaufbau den indischen Weg ins solare Zeitalter unterstützen kann. Deutschland könnte insbesondere mithilfe, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass auch große institutionelle Investoren in den Ausbau der Erneuerbaren in Indien investieren.

Hier könnte sich zeigen, wie Klimafinanzierung nach dem Pariser Abkommen funktioniert: Die Industrieländer sind weiterhin in der Pflicht, öffentliche Finanzierung und Technologie beizusteuern – aber dies wird zunehmend ergänzt um private Investitionen und einen eigenen Beitrag der Schwellenländer. Hinzu kommt eine wachsende Rolle von Süd-Süd-Kooperationen.

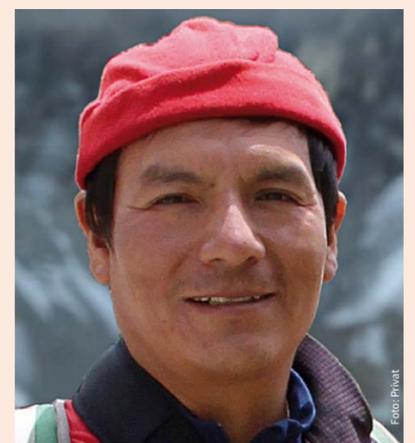
Rixa Schwarz & Lutz Weischer

Mehr zum Thema siehe KlimaKompakt-Ausgabe zu Indiens Klimaplan unter www.germanwatch.org/de/11090

Der Fall Huaraz: Saúl gegen RWE

Unterstützen Sie die Klage für Klimagerechtigkeit

Am 24. November 2015 reichte der peruanische Bergführer Saúl Luciano Lliuya eine Klage gegen RWE beim Land- und Amtsgericht Essen ein. Er will damit Schutz vor den Folgen der klimawandelbedingten Gletscherschmelze für sich und seine Familie sowie für die Menschen in Huaraz erwirken. Denn wenn der oberhalb gelegene Gletschersee bersten sollte, wird sein Wohnort Huaraz überflutet. Aufgrund der Gletscherschmelze wird das immer wahrscheinlicher, sofern nicht massive Schutzmaßnahmen ergriffen werden. RWE ist der größte CO₂-Emittent Europas und soll sich anteilig an den Kosten für geeignete Schutzmaßnahmen beteiligen.



Drei Ziele für globale Klimagerechtigkeit verfolgt die Klage:

1. Verursacher wie RWE in die Verantwortung nehmen und zu unschädlichen Geschäftsmodellen bewegen
2. Politische Lösungen herbeiführen für den Schutz der vom Klimawandel besonders betroffenen Menschen – national und international
3. Neue juristische Möglichkeiten für Betroffene schaffen – als Hebel für politische Lösungen

Germanwatch unterstützt Saúl Luciano ideell und konkret mit Beratung, Experten, Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit. Für den Bergführer Saúl Luciano ist die Klage gegen den Energiekonzern RWE eine große Herausforderung, vor allem muss er viel Durchhaltevermögen aufbringen – denn das Verfahren kann sich über bis zu fünf Jahre hinziehen.

Das Landgericht Essen hat die Klage im Dezember 2015 angenommen und spricht von „einer grundsätzlichen Bedeutung“ – alleine das ist schon ein Teilerfolg für mehr Klimagerechtigkeit. Bis Mai wird RWE nun detailliert auf die Klageschrift antworten.

Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit für Saúl und die Menschen in Huaraz mit Spenden an die Germanwatch-nahe Stiftung Zukunftsfähigkeit!

Zur Spendenplattform:
www.betterplace.org/p35937

Spendenkonto der Stiftung Zukunftsfähigkeit:
Stichwort „Schutz für Huaraz“
GLS Gemeinschaftsbank eG
IBAN: DE 77 4306 0967 0014 0396 00
BIC: GENODEM1GLS

Hintergrundinfos zum „Fall Huaraz“:
www.germanwatch.org/der-fall-huaraz

Der Papst fordert zum Dialog angesichts des suizidalen Kurses der Menschheit auf

Eines der erstaunlichsten Dokumente im Vorfeld des Klimagipfels von Paris war die Enzyklika *Laudato Si'* von Papst Franziskus. Das Papier ist von nun an nicht nur ein Stachel im Fleisch der katholischen Kirche, der größten Religionsgemeinschaft der Welt. Es ist eine gelungene Provokation für eine pluralistische Weltgesellschaft. Schon einmal, 1962 anlässlich der Kuba-Krise, richtete sich eine Enzyklika nicht nur an die Gläubigen, sondern an alle Menschen; so nun auch diese angesichts des suizidalen Kurses der Menschheit. Wenige Umwelt- und Entwicklungsbücher sind so gut lesbar wie diese Enzyklika. Dabei ist das Papier sorgfältig doppelt codiert. Immer wieder wechseln säkular-wissenschaftliche Argumente mit religiösen Begründungen derselben Thesen.



schützen? Können wir uns länger eine Wegwerfgesellschaft leisten, die zahlreiche Menschen aussortiert, eins der größten Artensterben der Erdgeschichte anrichtet und als Wirtschaftswachstum feiert, wenn sie in immer größerer Geschwindigkeit wertvolle Rohstoffe in wertlosen Abfall verwandelt? Können wir uns länger die Denkfaulheit erlauben, die ökologische von der

Gerechtigkeitsfrage zu trennen? Motivieren Drohbotschaften und ökologische Anreize die Menschen zum veränderten Handeln oder eher die liebevolle Resonanz mit Menschen und der Mitwelt? All dies kommt nicht im dogmatischen Gewande daher, sondern als Aufforderung zum Dialog. Jede Kultur, jede Religion solle dabei ihr Bestes zur Lösung der globalen Krisen einbringen. Viele in der katholischen Kirche reagieren bislang mit Schockstarre auf das mutige Papier eines ungewöhnlichen Papstes. Für eine pluralistische Gesellschaft ist es eine gelungene Provokation.

Christoph Bals

Das Germanwatch-Hintergrundpapier „Eine Gelungene Provokation für eine pluralistische Weltgesellschaft“ (Januar 2016) sowie eine Kurzfassung können Sie kostenlos als PDF herunterladen (www.germanwatch.org/de/10479) oder für 8 Euro bestellen.

Das Papier wirft interessante Fragen auf, auch für die Umwelt- und Entwicklungsszene: Haben wir uns abgewöhnt, die wissenschaftlichen Studien über Klimawandel, Artensterben und die Kluft zwischen Arm und Reich mit dem Herzen – also mit Empathie – zu lesen? Muss die Einsicht in die zu einem großen Teil gemeinsame genetische Ausstattung von Mensch und Tier nicht dazu führen, den Begriff der Geschwisterlichkeit auszudehnen? Reichen technische und ökonomische Antworten aus? Müssen wir Klima und Umwelt nicht als Gemeingüter rechtlich

Paris im Rücken

Das Klimaabkommen stärkt Energiewende und ehrgeizige Klimaziele in Deutschland und Europa

Das Pariser Klimaabkommen bringt Rückenwind für Klimaschutz in Deutschland und der Europäischen Union. Denn Paris hat gezeigt: Die Vorreiterrolle, die Deutschland und bis vor einigen Jahren die EU mehr schlecht als recht versuchen zu spielen, zählt sich offensichtlich aus. Die Welt macht mit beim Klimaschutz.

Am Tag nach der Einigung von Paris meldeten sich in Deutschland 35 Unternehmen aus vielen Branchen zu Wort, darunter Adidas, Aldi, die Commerzbank, der Stromkonzern EnBW oder der Metallverarbeiter Otto Fuchs. Viele dieser Schwergewichte stehen selber vor enormen Klimaschutz-Herausforderungen. Gemeinsam mit Germanwatch fordern sie dennoch eindeutige Rahmenbedingungen von der Politik und mehr Ambition in Deutschland und der EU. Deutschland solle nun ein Emissionsziel für 2050 anpeilen, das am oberen Ende seines Zielkorridors von 80 bis 95 Prozent liegt.

Erneuerbare Energien und Speicher, Effizienztechnologien und Digitalisierung sind die Geschäftsfelder der Zukunft. Das sehen auch immer mehr Betriebsräte und Gewerkschaften so, die bei Klimaschutz und Energiewende nicht auf der Bremse stehen wollen. In Paris demonstrierten sie mit dem Slogan „No jobs on a dead planet“ (Auf einem toten Planeten gibt es keine Arbeitsplätze) für die Vereinbarung von Klimaschutz und guter Arbeit.



Wirtschaft als Teil der Lösung

Warum diese neuen Allianzen für Klimaambition? Immer mehr Akteure in der Wirtschaft erkennen, dass sie über kurz oder lang ihre Treibhausgasemissionen auf null zurückfahren müssen und dies zwar un bequem ist, aber erhebliche Chancen bietet. Sie wollen Teil der Lösung und nicht länger Teil des Problems sein.

Der Rückenwind aus Paris schiebt auch die EU voran. Klimakommissar Miguel Cañete hat eine Initiative angekündigt, das lasche EU-Energieeffizienz-Ziel für 2030 von „mindestens 27

Prozent“ (im Vergleich zu 2007) auf über 30 Prozent nachzubessern und verbindlich zu machen. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel will ihn dabei unterstützen. Nächster auch von der Bundesregierung vorangetriebener Schritt müsste jetzt sein, das übervorsichtige und darum längst übererfüllte 2020-Emissionsziel der EU von minus 20 Prozent gegenüber 1990 deutlich anzuheben. Die EU hatte immer argumentiert, wenn die anderen beim Klimaschutz mitmachen, sei sie zu minus 30 Prozent bereit.

Null CO₂-Emissionen bis 2050

Die in Paris festgehaltene neue Messlatte von „deutlich unter 2°C“ globaler Erwärmung bedeutet auch für Deutschland mehr Anstrengung. Wenn wir Paris ernst nehmen, dürfen Deutschlands Energiesysteme spätestens 2050 kein CO₂ mehr ausstoßen, der Stromsektor schon deutlich davor. Für die Kohle müsste bis spätestens 2035 das weitgehende Ende kommen.

Deutschland kann durch einen planvollen und sozial gestalteten Ausstieg aus der Kohle Schrittmacher für viele Länder sein. Sehr wirkungsvoll wäre auch, den Kohleausstieg gemeinsam mit einem Land wie Südafrika anzukündigen – auch wenn dieses erst 15 Jahre später folgt.

Die Bundesregierung wird im Frühsommer einen Klimaschutzplan 2050 beschließen. Darin legt sie neben verpflichtenden Emissionszielen für 2030, 2040 und 2050 sogenannte Sektorziele zum Beispiel für Verkehr, Landwirtschaft oder den Energiebereich fest. Wer Paris feiert, muss es auch umsetzen. Dies wäre eine Chance für die von der globalen Erwärmung besonders betroffenen Menschen weltweit. Aber auch die Chance zu zeigen, dass eine Kreislaufwirtschaft ohne Klimaemissionen zentraler Baustein für das Wohlstandsmodell von morgen ist.

Oldag Caspar & Tobias Pforte-von Randow

Unternehmensklärung „Paris macht die globale Energiewende unumkehrbar“:
www.germanwatch.org/de/11433

Positive Nachrichten: Indizien für eine beginnende globale Energiewende



+ Kohle gerät weltweit unter Druck

In den USA sind seit 2010 200 Kohlekraftwerke abgeschaltet worden. Mehrere Staaten in den USA und Kanada haben den Ausstieg aus der Kohle beschlossen: Oregon und Alberta werden bis 2030 ihre Kohlekraftwerke abschalten, New York will schon 2020 aussteigen und Ontario (Kanada) hat bereits 2014 die Kohle-Ära beendet.

+ Neuseeland schaltet Kohlekraftwerke ab

Die letzten zwei Kohlekraftwerke Neuseelands werden im Dezember 2018 abgeschaltet. Neuseeland bezieht seine Energie immer mehr aus Geothermie und Wasserkraftwerken.

+ China bremst bei Kohlenutzung

Die chinesische Regierung hat sich ein dreijähriges Moratorium für den Bau neuer Kohlekraftwerke auferlegt. Zugleich soll der Anteil von Kohle am Energie-Mix im Jahr 2016 im Vergleich zum Vorjahr um zwei Prozentpunkte auf 62,6 Prozent reduziert werden, indem wie bereits 2015 bis zu 1.000 Kohleminen stillgelegt werden sollen.

+ Der Finanzmarkt reagiert

Seit Beginn der Divestment-Bewegung haben über 500 Institutionen mit einem Investitionsvolumen von insgesamt ca. 3,4 Billionen US-Dollar beschlossen, ihr Geld aus fossilen Investitionen abziehen. Darunter die beiden weltgrößten Versicherungskonzerne Allianz (siehe Interview unten) und Axa, der Rockefeller Brothers Fund und der Norwegische Staatsfond sowie Städte wie Oslo, Kopenhagen und Münster.

+ Die Erneuerbaren Energien wachsen unaufhaltsam

Im vergangenen Jahr wurde weltweit eine Rekordsumme in den Ausbau Erneuerbarer Energien investiert. Der Nachrichtenagentur Bloomberg zufolge flossen insgesamt 328,9 Milliarden US-Dollar in den Sektor. Allein in China betragen die Investitionen 110,5 Mrd. US-Dollar.

+ Windenergie-Weltrekord in Dänemark

Im Jahr 2015 generierte Dänemark 42 Prozent seines Strombedarfs aus Windenergie – kein Land verzeichnete bis dato einen höheren Anteil.

+ Uruguays Strom: aus erneuerbaren Quellen und bezahlbar

Über 90 Prozent des Strombedarfs wird in Uruguay aus Erneuerbaren Energien gewonnen. Trotz des rasanten Anstiegs des Anteils Erneuerbarer Energien seit der Jahrtausendwende hat sich der Strompreis nur unwesentlich erhöht.

+ Marokko setzt auf Solarenergie

Marokko hat im vergangenen Jahr den größten Solarpark der Welt in Betrieb genommen. Die Technik auf der Anlage ermöglicht eine verhältnismäßig unkomplizierte Speicherung der Wärmeenergie und soll in Zukunft mehr als eine Million Menschen in dem nordafrikanischen Land mit Strom versorgen.

Mehr zum Thema siehe Hintergrundpapier vom Juni 2015 unter www.germanwatch.org/de/10353

„Nahezu jedes Unternehmen muss sich fragen, wie es sich an die neuen Realitäten anpasst“

Interview mit Karsten Löffler, Geschäftsführer der Allianz Climate Solutions

Welche Gründe führten zu Ihrer Entscheidung, keine kohle-basierten Geschäftsmodelle mehr zu finanzieren?

Kohle ist der fossile Energieträger mit den höchsten CO₂-Emissionen und daher am wenigsten mit dem 2°C-Ziel vereinbar. Dieses ist nur dann erreichbar, wenn im globalen Energiemix Kohle substantiell reduziert wird. Ohne eine Drosselung der Kohleproduktion wird es also zu Überkapazitäten kommen. Zieht man außerdem den globalen Zubau von Erneuerbaren Energien in Betracht, dürfte die Kosteneffizienz und Wirtschaftlichkeit der Kohleerzeugung weiter abnehmen.

Warum bewerten Sie diese Risiken heute anders als noch vor einigen Jahren?

Die Allianz nimmt Klimaschutz seit jeher ernst: bereits seit 2012 operieren wir CO₂-neutral; nicht zuletzt sind wir mit über 2,5 Milliarden Euro einer der größten privaten Investoren in Erneuerbare Energien. Während sich auf wissenschaftlicher Ebene schon lange ein Konsens über notwendige Emissionsreduktionen herausgebildet hat, zeichneten die politischen Realitäten oft ein anderes Bild. Aus unserer Sicht waren die Einkünfte von Paris das entscheidende politische Signal.

Das abgezogene Kapital wird doch sicher reinvestiert – wie stellen Sie hier sicher, dass Nachhaltigkeitskriterien beachtet werden?

Einerseits haben wir uns zum Ziel gesetzt, unsere Investitionen in Erneuerbare Energien mittelfristig auf mindestens fünf Milliarden Euro zu verdoppeln. Andererseits werden die Geldanlagen erstmals seit Beginn des Jahres 2016 sukzessive systematisch nach 37 Kriterien aus den Bereichen Umwelt, Soziales und gute Unternehmensführung analysiert. Zu den Kriterien zählen unter anderem Treibhausgasemissionen, Energieeffizienz, Datenschutz und Korruption.

Die Transparenz, die bis Mitte 2016 im gesamten Portfolio auf Basis von Daten der Ratingagentur MSCI ESG Research erreicht wird, ermöglicht die gezieltere Steuerung von Chancen und Risiken. Germanwatch ist neben dem WWF und Transparency International an der Ausarbeitung dieses Ansatzes beteiligt, der auf Daten von MSCI ESG Research beruht.

Als Mitglied der Portfolio Decarbonisation Coalition, die 25 Mitglieder mit über 600 Milliarden US-Dollar verwalteten Geldanlagen zählt, sind wir davon überzeugt, dass auch die Finanzindustrie einen Beitrag leisten muss und kann. Ähnlich wie der Gouverneur der Bank of England, Mark Carney, sehen wir als lang-



Erwarten Sie, dass das Thema Dekarbonisierung auf noch breiterer Front diskutiert wird?

Das Abkommen von Paris strebt eine Begrenzung der globalen Erwärmung auf 2°C, ggf. sogar 1,5°C an. Dies wird eine umfassende Dekarbonisierung der globalen Wirtschaft erfordern. Das heißt, nahezu jedes Unternehmen muss sich fragen, wie es sich an die neuen Realitäten anpasst.

Als Mitglied der Portfolio Decarbonisation Coalition, die 25 Mitglieder mit über 600 Milliarden US-Dollar verwalteten Geldanlagen zählt, sind wir davon überzeugt, dass auch die Finanzindustrie einen Beitrag leisten muss und kann. Ähnlich wie der Gouverneur der Bank of England, Mark Carney, sehen wir als lang-

fristig orientierter Investor in der Finanzierung der Dekarbonisierung unserer Wirtschaft eine große Chance.

Wie schätzt die Allianz das Risiko für Investitionen in Kohle (z. B. in Deutschland) ein?

Es wird weiterhin zur Veränderung von Geschäftsmodellen kommen, proaktiv und reaktiv. Es ist jedoch noch nicht ausreichend klar, wie sich diese Veränderungen auf die Finanzmärkte auswirken. Klar ist aber, dass dies ein wichtiges Thema für Investoren ist. Es ist auch begrüßenswert, dass sich Regierungen und Regulierer zunehmend mit dem Thema auseinandersetzen.

Für uns ist es nun von hoher Relevanz, die möglichen Veränderungen messbar zu machen. Auch daher haben wir uns gemeinsam mit Allianz Global Investors der 2 Degrees Investing Initiative angeschlossen, um bessere Analyseinstrumente, Investmentansätze und Erkenntnisse für das Portfoliomanagement zu entwickeln, von denen sowohl das Klima als auch unsere Kunden profitieren werden.

Interview: Jan Burck

Termine

■ **Bonn, 11.04.16, 20 Uhr:** Vortrag „Urbane Klimawandel? Städte als Verursacher, Betroffene und Akteure“, mit Alexander Reif und Lisa Junghans. Weitere Infos: www.germanwatch.org/de/11601

■ **Köln, 25.-29.04.16:** jeweils eintägiges Seminar „Klima und Gerechtigkeit. Klimaschutz und Klimapolitik: Globale Nachhaltigkeitsziele (SDGs) und deutsche Politik“, mit Stefan Rostock. Weitere Infos: www.germanwatch.org/de/11659

■ **Leipzig, 25.05.16:** Vortrag auf dem Deutschen Katholikentag „Laudato Si – ein Jahr später (Wirkung einer Enzyklika)“, mit Klaus Milke. Weitere Infos: www.germanwatch.org/de/11729

Wer wir sind – was wir wollen

Ziele von Germanwatch

Germanwatch ist eine gemeinnützige und unabhängige Umwelt- und Entwicklungsorganisation. Wir engagieren uns seit 1991 für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen. Klimaschutz und Anpassung, Welternährung, Unternehmensverantwortung, Bildung für Nachhaltige Entwicklung sowie Finanzierung für Klima und Entwicklung / Ernährung sind unsere Themen.

Bei unseren Tätigkeiten konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unserer Arbeit. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Förderern und mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft wollen wir eine starke Lobby für eine nachhaltige Entwicklung sein.

Gezielter Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen sind zentrale Elemente unserer Arbeitsweise. Dabei sind wir mit Organisationen sowie Einzelpersonen aus dem Süden und mit Entwicklungs- und Umweltorganisationen weltweit eng vernetzt.

Germanwatch lebt von der Unterstützung seiner Mitglieder und Förderer. Machen Sie mit! Vielen Dank!

Kontakt

Berlin: Germanwatch e.V., Stresemannstr. 72, 10963 Berlin
Tel. (030) 2888 356-0, Fax (030) 2888 356-1

Bonn: Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn
Tel. (0228) 604 92-0, Fax (0228) 604 92-19

Internet: www.germanwatch.org, E-Mail: info@germanwatch.org

Spenden

Bank für Sozialwirtschaft Berlin
IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00
BIC / Swift: BFSWDE33BER

Impressum

Herausgeber: Germanwatch e.V., Redaktion: Dörte Bernhardt (V.i.S.d.P.), Daniela Baum, Klaus Milke. Stand: Februar 2016.
Layout: Dietmar Putscher, Köln. Auflage ca. 100.000.

Gedruckt auf Recyclingpapier mit umweltfreundlichen Druckfarben auf Basis nachwachsender Rohstoffe.

Gefördert vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit/Umweltbundesamt, der Stiftung Mercator und der Stiftung Umverteilen. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei Germanwatch.



Abos und neue Germanwatch-Publikationen

- Kostenloses Abo: Die Germanwatch-Zeitung „Weitblick“ per Post (vierteljährlich). www.germanwatch.org/de/weitblick
- Kostenloses Abo: E-Mail-Newsletter Germanwatch-Kurznachrichten (alle sechs Wochen) www.germanwatch.org/de/abos-bestellen
- Kostenloses Abo: E-Mail-Newsletter KlimaKompakt (1 bis 2 Aussendungen pro Monat), mit aktuellen Berichten zum Klimaschutz. www.germanwatch.org/de/klimakompakt
- Exemplare dieser Zeitungsausgabe. Kostenlos. www.germanwatch.org/de/weitblick
- Hintergrundpapier: Die Ergebnisse des Pariser Klimagipfels COP21. 5 Euro. www.germanwatch.org/de/11492
- Hintergrundpapier: Enzyklika Laudato Si' – Eine gelungene Provokation. 8 Euro. www.germanwatch.org/de/10479
- Studie: Nutzen des Klimaschutzes. Warum der 5. Sachstandsbericht des IPCC zu kurz greift. 5 Euro. www.germanwatch.org/de/10455
- Germanwatch und das Verursacherprinzip im Klimaschutz: Der Fall Huaraz. Hintergründe und Erläuterungen. 3 Euro. www.germanwatch.org/de/10036
- Studie: Indizien für eine Trendwende in der internationalen Klima- und Energiepolitik. 5 Euro. www.germanwatch.org/de/10353
- Hintergrundpapier zur Bildungsarbeit: Zukunftschancen nutzen – Wandel wagen. 5 Euro. www.germanwatch.org/de/11536

Die oben aufgeführten Publikationen können Sie im Internet kostenlos herunterladen oder zum angegebenen Preis bestellen, zzgl. 2 Euro Versandkostenpauschale. Mitglieder, Förderer und Zustifter der Stiftung Zukunftsfähigkeit erhalten die Publikationen zum halben Preis.

Der Versand erfolgt gegen Rechnung, alternativ bitte den fälligen Betrag in Briefmarken beilegen. Bestellung: versand@germanwatch.org, Tel. (0228) 60492-0, Fax (0228) 60492-19, oder per Post an Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn.

Name, Vorname

Evtl. Organisation/Firma

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Tel./Fax

E-Mail

Dekarbonisierung von unten

Starke Zivilgesellschaft als Garant für die Umsetzung von Paris

Das Pariser Klimaabkommen ist auch das Ergebnis einer starken zivilgesellschaftlichen Klimabewegung weltweit, die in vielfältiger Form und verteilten Rollen den notwendigen Druck von unten aufgebaut sowie Allianzen, Lösungsmöglichkeiten und Alternativen entwickelt hat. Aktionsgruppen, Protestbewegungen, Think Tanks und Lobbyorganisationen leisteten wichtige Arbeit für den Erfolg jahrelang im Vorfeld und auch während der Pariser Klimakonferenz. Die Staatengemeinschaft begrüßt im Pariser Klimaabkommen auch ausdrücklich die Aktivitäten der Zivilgesellschaft und anderer nicht staatlicher Akteure.

Paris ist ein starkes Signal für die Zivilgesellschaft, den Weg in Richtung Klimagerechtigkeit und Transformation gestärkt voranzubringen. Die Zivilgesellschaft wird eine entscheidende Rolle dabei spielen, die Lücke zwischen den ambitionierten Langfristzielen und den nationalen Zielen der Staaten zu schließen. Auf politischer Ebene ist für entsprechende gesetzliche Rahmenbedingungen wie beispielsweise ein stetig steigendes CO₂-Preissignal in den G20-Staaten – auch in Deutschland und der EU – zu kämpfen. Investoren sind dazu zu ermutigen, ihr Geld nur noch in Unterneh-



Friedlicher Protest vor dem Klimagipfel: In die Menschenkette am 29. November 2015 in Paris reihten sich auch VertreterInnen von Germanwatch ein.

men zu investieren, die eine plausible Dekarbonisierungsstrategie vorlegen (Stichwort „Divestment“). Die Zivilgesellschaft wird bei Unternehmen nachhaltige Produktionsmuster und zukunftsfähige Geschäftsmodelle einfordern. Aus dem im Abkommen verankerten Langfristziel, in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts Treibhausgasneutralität zu erreichen (Netto-Null-Emissionen), entsteht eine enorme Legitimation und ein starkes Signal für NGOs, AktivistInnen und engagierte Klimaschüt-

zerInnen, jetzt noch vehementer, lauter und entschiedener aufzutreten. Die beschlossene Dekarbonisierung stärkt das politische Engagement der Anti-Kohlebewegung, die den Protest in die Tagebaue und darüber hinaus in die Mitte der Gesellschaft trägt. Fortschritte im Gebäudesektor und eine ernstgemeinte Verkehrs- und Agrarwende sind weitere Aktionsfelder.

Von Paris weht auch ein kräftiger Wind in den Rücken jener zivilgesellschaftlichen Akteure, die die Dekarbonisierung von unten durch strukturveränderndes Handeln selbst vorantreiben. Viele lokale und regionale Initiativen – wie Transition-Towns, Solidarische Landwirtschaften, Fossil-Free-Bewegungen, Energiegenossenschaften usw. – haben längst damit begonnen, mit kreativen Ideen eine Dynamik von unten für Klimaschutz zu schaffen und nachhaltige Räume denkbar und erlebbar zu machen. Der kreative Druck dieser Zivilgesellschaft drängt auch auf geeignete Rahmenbedingungen, die es breiten Bevölkerungskreisen erlauben, sich auf neue Konsummuster und Lebensstile einzulassen. Dekarbonisierung braucht diesen Schwung von unten.

Alexander Reif

Das Solidaritätspaket von Paris

Ein Verhandlungserfolg für verletzte Länder

Das Paris-Abkommen setzt nicht nur neue Maßstäbe für den globalen Klimaschutz. Es enthält auch ein Solidaritätspaket, um die Unterstützung gegen die Folgen des Klimawandels zu organisieren. Und so äußerten sich selbst VertreterInnen der besonders verletzlichen Länder zufrieden über das Pariser Abkommen.

Das Solidaritätspaket zeichnet sich erstens dadurch aus, dass ein globales Anpassungsziel etabliert wurde, das regelmäßig überprüft wird und – gekoppelt mit dem Temperaturziel – deutlich signalisiert: Je weniger Klimaschutz umgesetzt wird, desto mehr steigen die Anpassungsnotwendigkeiten und Kosten. Zweitens gelang es, das Thema der inzwischen – selbst bei ambitioniertem Klimaschutz und Anpassungsmaßnahmen – unvermeidlichen Schäd-

den und Verluste dauerhaft im Abkommen zu verankern. Drittens wurde ein weiteres Langfristziel definiert, nämlich dass die weltweiten Finanzflüsse mit einer klimagerechten Entwicklung vereinbar sein müssen. Die Industrieländer – und später auch die Schwellenländer – müssen damit einhergehend finanzielle Beiträge für Klimaschutz und Anpassung leisten.

Das positive Ergebnis fußt zu guten Stücken auf einer effektiven Strategie der verletzlichen Länder selbst, ihre Themen auf die internationale Agenda zu setzen. Besonders wichtig war das „Climate Vulnerable Forum“, ein Zusammenschluss der 43 verletzlichsten Länder. Sein Aktionsplan transportierte die deutliche Forderung zur Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5°C und verhalf der Debatte um Klimawan-

delauswirkungen zu großer Aufmerksamkeit, auch über die Klimakonferenz hinaus. Paris zeigt die Stärke von UN-Konferenzen, nicht nur die großen Länder an den Verhandlungstisch zu lassen, sondern auch kleinen Akteuren Gehör zu verschaffen.

Jetzt geht es darum, Zusagen zu erfüllen, das Solidaritätspaket umzusetzen und weiter zu stärken. Dies gilt vor allem hinsichtlich langfristig verlässlicher und ausreichender Finanzierung durch die Industrieländer – und zunehmend der Öl- und Schwellenländer.

Laura Schäfer & Sönke Kreft

Ausführliche Analyse des Pariser Gipfels:
www.germanwatch.org/de/11492

G20-Gipfel für das Klima nutzen

Die Gruppe der 20 größten Volkswirtschaften der Welt (G20) verantwortet über drei Viertel der globalen Treibhausgasemissionen. Bei G20-Gipfeln wird vor allem über Fragen der Finanz- und Wirtschaftspolitik diskutiert. Genau deshalb gehört der Klimaschutz dort auf die Agenda – denn der Pariser Klimavertrag bedeutet einen Umbau der Weltwirtschaft. Bis zur zweiten Hälfte des Jahrhunderts sollen die Treibhausgasemissionen weltweit auf netto-null sinken. Alle Finanzströme sollen entsprechend umgelenkt werden, so steht es im Pariser Vertrag. Das erfordert den vollständigen Abschied von Kohle, Öl und Gas und massive Investitionen in den Umbau der Energiesysteme. In der Vergangenheit waren klimapolitische Ergebnisse der G20-Gipfel aber oft enttäuschend. Saudi-Arabien und andere Bremser sitzen mit am Tisch, während die Stimme der kleineren verletzlichen Staaten fehlt.

Der G20-Prozess ist also für den Klimaschutz kein einfaches Forum, aber ein sehr wichtiges. 2016 liegt die Präsidentschaft bei China, 2017 wird Deutschland übernehmen. Gemeinsam könnten diese beiden Länder vier Themen auf die Tagesordnung der G20 setzen:

- Erstens müssen die G20 zeigen, wie sie den Umbau ihrer Volkswirtschaften im Sinne der Pariser Klimaziele gestalten wollen. Die G20 sollten ankündigen, bis spätestens

2020 ihre Dekarbonisierungspläne einzureichen, wozu sie das Pariser Abkommen auch auffordert.

- Zweitens sind die G20 ein gutes Forum, um sich auf eine Doppelstrategie zu verständigen, damit Preise stärker die ökologische Wahrheit sagen: zum einen den Abbau der Subventionen für fossile Energien und zum anderen ein CO₂-Preissignal. Wie das erreicht wird – über Steuern, Emissionshandel oder Ordnungsrecht – kann auf nationaler Ebene beschlossen werden. Entscheidend ist, dass zumindest die meisten G20-Staaten mitmachen und der CO₂-Preis in einem vereinbarten Korridor in den nächsten Jahrzehnten kontinuierlich steigt.
- Drittens sollten die G20 weitere Anreize zum Handeln für Investoren und Unternehmen schaffen. Hierzu hat Mark Carney, Vorsitzender des Finanzstabilitätsrats der G20 und Gouverneur der Bank of England, Vorschläge gemacht: Unternehmen sollen ihre

Emissionen verpflichtend offenlegen und Dekarbonisierungspläne für die Zukunft vorlegen. Ein Stresstest soll zeigen, wie sie für den CO₂-Preisanstieg gewappnet sind (siehe Germanwatch-Kommentar zur Rede: www.germanwatch.org/de/11133).

- Viertens sollten die G20 auch ihre eigenen öffentlichen Investitionen, etwa über Entwicklungsbanken, mit robusten Kriterien am notwendigen Klimaschutz ausrichten.

Auch der G7-Prozess bleibt wichtig. Hier müssen die Industrieländer zeigen, dass sie ihre Verantwortung ernst nehmen und die Ankündigungen vom Gipfel auf dem bayerischen Schloss Elmau 2015 tatsächlich umsetzen: Ambitionierte Pläne zur Dekarbonisierung und die Initiativen zur Unterstützung von Erneuerbaren Energien in Afrika und Klimarisikoversicherung.

Lutz Weischer & Christoph Bals

Unterstützen auch Sie die unabhängige Arbeit von Germanwatch. Werden Sie Mitglied!

Anmeldemöglichkeit und weitere Infos:
www.germanwatch.org/mitglied-werden